

# Handelsblatt

G O 2531  
NR. 134 / PREIS 2,30 €

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

DONNERSTAG  
14. JULI 2011

▲ Dax 7267.87 +1.31%	▲ Euro Stoxx 50 2715.05 +0.80%	▲ Dow Jones 12491.61 +0.36%	▲ S&P 500 1317.72 +0.31%	▲ Euro/Dollar 1.4153\$ +1.27%	▶ Euro/Pfund 0.8791€ +0.10%	▲ Euro/Yen 111.82¥ +0.98%	▲ Brentöl 117.75\$ +1.11%	▲ Gold 1581.03\$ +0.85%	▲ Bund 10J. 2.748% +0.037PP	▶ US Staat 10J. 2.882% +0.005PP
----------------------------	--------------------------------------	-----------------------------------	--------------------------------	-------------------------------------	-----------------------------------	---------------------------------	---------------------------------	-------------------------------	-----------------------------------	---------------------------------------

## Abschied von Europa?

890 Milliarden Euro wurden bisher für die Euro-Rettung aufgebracht - ohne Wirkung. Unternehmer, Wissenschaftler und ein wachsender Teil der Regierungsfraktion verabschieden sich vom kostspieligen Regierungskurs. Sie fordern den Schuldenschnitt.

Sven Afhüppe, Thomas Sigmund  
Berlin

Ausgerechnet ein Spitzenbanker war es, der die Volksmeinung in dieser Woche auf den Punkt brachte. „Weitermachen wie bisher ist nicht möglich, die Wirklichkeit hat uns eingeholt“, erklärte Commerzbank-Chef Martin Blessing.

Was der Banker da formulierte, war nichts anderes als die Generalabrechnung mit einem politischen Krisenmanagement, das die Krise fortwährend verschärft. Der Tag der Wahrheit, an dem Griechenland die Exzesse der Vergangenheit bezahlt, rückt näher - und damit womöglich eine Kernschmelze im europäischen Finanzsystem.

Auch die Geduld der Regierungsvertreter mit einer Hilfspolitik, die nicht hilft, scheint allmählich erschöpft: „Eine geordnete Umschuldung kann nicht länger ein Tabu sein“, sagte FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle dem Handelsblatt. Das hatte - vor mehr als einem Jahr - Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann bereits angeregt und war auf den wütenden Protest der politischen Klasse gestoßen.

Für den Steuerzahler - dem in allen Dokumenten der Europäischen Union versprochen wurde, dass sie keine Transferunion begründet - wird die Rettung des Euros immer mehr zum Abenteuer. Schon jetzt haben die Krisenmanager zur Rettung überschuldeter Staaten insgesamt 890 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen beträchtliche Risiken in der Bilanz der Europäischen Zentralbank, die etwa durch den Aufkauf von Staatsanleihen im Gesamtvolumen von 77 Milliarden Euro entstehen.

In nahezu allen europäischen Ländern for-

miert sich Widerstand gegen eine weitere Vergemeinschaftung süd-europäischer Staatsschulden - auch in Deutschland. Nach jüngsten Meinungsumfragen sprechen sich 60 Prozent der Bundesbürger gegen weitere Kredithilfen für Griechenland aus. 71 Prozent gaben zuletzt an, „weniger“, „kaum“ oder „gar kein“ Vertrauen in den Euro mehr zu besitzen.

In den Bundestagsfraktionen von Union und FDP wächst die Kritik. Obwohl die schwarz-gelbe Regierung mit 21 Stimmen Mehrheit im Bundestag regiert, kann sich Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht mehr sicher sein, im Parlament über eine Mehrheit für weitere Euro-Rettungspakete zu verfügen. Die Zahl der Widerständler, die sich um Peter Gauweiler (CSU), der die Rettungshilfen für Griechenland unlängst als „Schokolade für Zuckerkranken“ bezeichnete, und Frank Schäffler (FDP) geschart haben, ist gestiegen.

„Das chaotische Krisenmanagement in Brüssel sorgt für Frust in der Bevölkerung. Herr Schäuble wirkt konzeptionslos. Alles, was der Finanzminis-

ter versprochen hat, ist nicht eingetreten“, sagte Schäffler gestern dem Handelsblatt. Die CDU-Europaexpertin Veronika Bellmann ergänzte: „Eine geordnete Staatsinsolvenz schafft letztendlich mehr Vertrauen an den Finanzmärkten als diese ständigen vermeintlichen Rettungsmaßnahmen. Sich noch tiefer in eine Transferunion zu verstricken könnte zum Tsunami für das Euro-Währungssystem werden.“

In seinem gestern veröffentlichten Griechenland-Bericht warnte auch der Internationale Währungsfonds (IWF) vor einem Weiter-so in der Rettungspolitik: Die „Ansteckungsgefahren für das Finanzsystem“ würden durch das Euro-Krisenmanagement nicht reduziert, sondern „dramatisch erhöht“.

**Widerstand gegen die Euro-Rettung** Seiten 6, 7  
**Niederlage für Deutschland** Seiten 6, 7



EXKLUSIV

Belgien 2,90 € Frankreich 3,40 € Großbritannien 3,00 GBP  
Luxemburg 2,90 € Niederlande 2,90 € Österreich 2,90 €  
Polen 18,40 PLN Schweiz 5,00 CHF Tschechien 115,00 CSK  
Ungarn 950,00 FT Slowakei 2,90 €

4 0 0 2 8

4 190253 102302

Handelsblatt

Josef Ackermann